

Nr. XIX. GP-NR
1177 /J
1995 -05- 2 4

ANFRAGE

des Abgeordneten Anschöber, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Justiz

betreffend : "In Italien mordet die Mafia - in Österreich investiert sie."

Bei einem OK-Informationseminar für europäische Journalisten Anfang Mai in Maastricht kam es zu heftigen Angriffen auf Österreichs Funktion als Geldwäschepplatz für die international organisierte Kriminalität. So formulierte der frühere Chef der Anti-Mafiakommission des italienischen Parlaments und nunmehrige Vizepräsident des Abgeordnetenhauses in Rom Luciano Violante: "Solange die Anonymität in Österreich nicht aufgehoben wird, bleibt Österreich ein bequemes Land, in dem die Mafia ihr Geld deponieren kann." Es sei für ihn, so Violante, unverständlich, daß Österreich nicht viel entschiedener gegen Geldwäschen und Investitionen von Handlangern Krimineller vorgehen würde. Dem Geld würden auch die Leute der Mafia folgen. Im Gegensatz zu Österreich habe etwa die Schweiz viel einschneidendere Maßnahmen getroffen und damit auch Erfolge erzielt.

Luigi Palmieri, Chef der Sondereinheit zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität bei der Interpol-Zentrale in Lion erklärte, in Österreich würden auch Finanzmittel chinesischer und türkischer Verbrecherorganisationen angelegt: "Diese würden ihr Geld nicht in Österreich parken, wenn hier die Gesetze strenger wären". Und Violante weiter: "Wenn, wie in Österreich, auf 8 Millionen Einwohner 24 Millionen Bankkonten kommen, dann muß das doch auffallen, selbst den österreichischen Behörden." Zur finanziellen Dimension der organisierten Kriminalität sagte Violante, daß das organisierte Verbrechen allein in Italien jährlich um 43 Milliarden Dollar (umgerechnet rund 420 Milliarden Schilling) Umsätze hat, zwei Drittel davon im Finanzbereich. Hier gelte es anzusetzen, die Methode einzelne Mitglieder zu arrestieren, sei nicht länger effizient.

Auf Grund dieser alarmierenden Darstellungen und Argumente richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Sind Ihnen die entsprechenden Aussagen der prominenten Mafia-Fahnder und die damit verbundenen Vorwürfe gegen Österreich bekannt?
2. Wie beurteilen Sie diese Vorwürfe gegen Österreich und welche Indizien liegen dem Justizministerium bezüglich Geldwäsche in Österreich und Geld-Parkplatz Österreich (letzteres ist die Aussage des Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit) vor?
3. Wieviele und welche konkreten Verdachtsmomente wurden in den Jahren 1990 bis 1995 bezüglich Geldwäsche bzw. Geld-Parkplatz Österreich im Zusammenhang mit der organisierten Kriminalität überprüft und wieviele davon konnten belegt werden? Um welche konkreten Einzelfälle, um welche konkreten Summen, um welche Beteiligte und um welche konkreten Daten handelt es sich dabei?
4. Wie beurteilt der Justizminister die Forderung, die auch von den Anfragstellern unterstützt wird, auf Abschaffung der österreichischen Anonymität?
5. Wie beurteilt der Justizminister die von den Anfragstellern erhobene Forderung nach einer Aufnahme der Abschöpfung der Bereicherung in das geplante Strafrechtsänderungsgesetz 1995?
6. Am 21. Juli 1991 wurde ein gemeinsames Papier vom Justiz- und Innenministerium mit Forderungen zur Entschärfung der Geldwäsche erstellt. Welche konkreten Forderungen an den österreichischen Gesetzgeber enthält dieses Papier? Welche dieser Forderungen sind bis zum heutigen Tag erfüllt und welche stehen noch aus?
7. Seit 1. Jänner 1994 besteht nach dem Bankwesengesetz bei Geschäften über 200.000 Schilling eine Legitimationspflicht. Weiters müssen die Banken ab dieser Summe Geschäfte, die suspekt erscheinen von sich aus melden. Wieviele derartige Meldungen sind seit 1. Jänner 1994 von den heimischen Banken erstattet worden? In wievielen dieser Fälle ist es zu Anzeigen wegen Geldwäscherei gekommen?